

Protokoll

13. Sitzung (nicht öffentlich)

25. September 1986

Düsseldorf - Haus des Landtags

13.30 Uhr bis 15.30 Uhr

Vorsitzender: Abg. Schultz-Tornau (F.D.P.)

Stenographin: Niemeyer

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

- 1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1987 (Haushaltsgesetz 1987)

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 10/1250

Vorlage 10/553

Einzelplan 06 - Minister für Wissenschaft und Forschung

- Einführung durch den Minister für Wissenschaft und Forschung und allgemeine Aussprache

Nach einer Einführungsrede der Ministerin beschäftigt sich der Ausschuß vorwiegend mit dem Problem der Stellenkürzungen und spricht Fragen des Wissenschaftszentrums Nordrhein-Westfalen, des Kulturwissenschaftlichen Instituts und des Instituts für Arbeit und Technik an.

Ausschuß für Wissenschaft und Forschung
13. Sitzung

25.09.1986
ni-ma

- 2 a) Ausstattung der Hochschulen in Nordrhein-Westfalen mit Großgeräten:

ADV-Anlagen,
medizinische Großgeräte,
CIP,
sonstige Großgeräte

in Verbindung damit:

- b) Intensiverer und wirtschaftlicherer Einsatz von Anlagen für die automatisierte Datenverarbeitung bei den wissenschaftlichen Hochschulen des Landes Nordrhein-Westfalen

hier: Beschluß des Ausschusses für Haushaltskontrolle
Vorlage 10/447

- Bericht des Ministers für Wissenschaft und Forschung
und Beratung

Dr. Danco und Dr. Kaiser vom Ministerium für Wissenschaft und Forschung erstatten zu beiden Themenkomplexen ausführliche Berichte.

- 3 Bereitstellung von Kindertagesstätten im universitären Bereich durch die Studentenwerke

hier: Beschluß des Ausschusses für Haushaltskontrolle
Vorlage 10/502

- Bericht des Ministers für Wissenschaft und Forschung
und Beratung

Der Ausschuß einigt sich darauf, den Tagesordnungspunkt zu verschieben, bis eine Stellungnahme des Ausschusses für Jugend und Familie vorliegt.

Ausschuß für Wissenschaft und Forschung
13. Sitzung

25.09.1986
ni-ma

4 Verschiedenes

Der Vorsitzende teilt mit, daß der von einer Kommission des Ausschusses für Wissenschaft und Forschung beabsichtigte Japanaufenthalt genehmigt worden sei.

Nächste Sitzung: 16. Oktober 1986

- - - - -

Ausschuß für Wissenschaft und Forschung
13. Sitzung

25.09.1986
ni-ma

Aus der Diskussion

Zu 1: Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1987 (Haushaltsgesetz 1987)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 10/1250
Vorlage 10/553

Einzelplan 06 - Minister für Wissenschaft und Forschung
- Einführung durch den Minister für Wissenschaft und Forschung und allgemeine Aussprache

Als Einführung in den Einzelplan 06 spricht der Minister für Wissenschaft und Forschung, Frau Brunn, folgende Aspekte an:

Meine Damen und Herren! Die Beratungen zum Entwurf des Haushaltsplans 1987 haben sich für alle Ressorts äußerst schwierig gestaltet. Dies hängt mit den einschneidenden Vorgaben für den Gesamthaushalt, die der Finanzminister in der letzten Woche im Plenum vorgetragen hat und die sich besonders in der mittelfristigen Finanzplanung und in dem Zwang zur weiteren Fortsetzung der Konsolidierungsbemühungen niederschlagen, zusammen.

Für den Haushalt des Wissenschaftsministers sind in den Etatverhandlungen zwei Problembereiche besonders akzentuiert worden:

- Einmal handelt es sich um den Problembereich der Stellenentwicklung. Die Landesregierung sieht sich angesichts sinkender Studienanfängerzahlen nicht mehr in der Lage, die Hochschulen vom Stellenabbau vollständig auszunehmen.

Andererseits wird jedoch die besondere Belastung der Hochschulen berücksichtigt, so daß eine Stellenabsetzung von 165 Stellen nach reiflichen Beratungen als angemessen angesehen wurde. In den nächsten Jahren wird von uns erwartet, die demographische Entwicklung bei der Stellenausstattung frühzeitig durch Stellenreduzierungen zu berücksichtigen.

- Da aus Gründen der finanziellen Gesamtsituation Zuwächse kaum zu erwarten, andererseits große Positionen aber unabdingbar sind und zwangsläufig mit entsprechenden, zum Teil steigenden finanziellen Ressourcen ausgestattet werden müssen, ergeben sich für andere wichtige Bereiche, wie z. B. Bau- und Geräteinvestitionen, wenig Beweglichkeiten bzw. Rückschritte.

Unter diesen Gesichtspunkten ist der nunmehr vorgelegte Entwurf des Einzelplans 06 zu verstehen.

Ausschuß für Wissenschaft und Forschung
13. Sitzung

25.09.1986
ni-ma

Im Personalbereich werden für das Haushaltsjahr 1987 165 Stellen, und zwar im Hochschulbereich ohne Medizinische Einrichtungen, abgesetzt werden. Damit ist für 1987 eine gleichgroße Absetzung von Stellen wie im Jahre 1986 vorgesehen. Die für 1987 abzusetzenden Stellen sind zentral im Kapitel 06 020 mit einem kw-Vermerk zum 1. März 1987 ausgebracht. Insofern ist in dem gedruckten Haushaltsentwurf noch keine Verteilung auf die einzelnen Hochschulkapitel vorgesehen. Durch den Termin 1. März 1987 ist jedoch sichergestellt, daß die bis dahin spezifizierten Stellenabsetzungen in die Haushaltsberatungen der einzelnen Hochschulkapitel für das Haushaltsjahr 1988 einfließen können.

Für die Zukunft muß die Personalentwicklung für den Hochschulbereich auf die vorhersehbaren Tendenzen in den 90er Jahren abgestimmt werden. Dabei muß auf der einen Seite der nachlassenden Belastung der Hochschulen durch Ausbildungsaufgaben Rechnung getragen werden - also der demographischen Entwicklung -, auf der anderen Seite müssen aber auch die gewandelten und steigenden Anforderungen im Forschungsbereich und die wachsenden Aufgaben in der wissenschaftlichen Weiterbildung berücksichtigt werden.

Stellenstagnation und Stellenrückgang erschweren darüber hinaus die Situation des wissenschaftlichen Nachwuchses.

Für das Haushaltsjahr 1986 besteht deshalb bereits jetzt die Möglichkeit, durch Umwandlung von bis zu 20 Stellen gezielt in die Verwirklichung eines "Fiebiger-Plans" in Nordrhein-Westfalen einzusteigen. Im Haushaltsentwurf 1987 ist diese Ermächtigung für bis zu 30 Stellen gegeben. Angesichts der Rahmenbedingungen bei den Stellenplänen und bei den Personalausgaben ist eine Realisierung des "Fiebiger-Plans" durch zusätzliche Stellen nicht möglich.

Im Finanzteil des Wissenschaftshaushalts stellt sich für den Entwurf 1987 die Sachlage sehr differenziert dar.

Bei den sächlichen Verwaltungsausgaben sind die Vorgaben für mögliche Zuwachsraten äußerst eng gesteckt. Andererseits müssen die Bewirtschaftungskosten der Grundstücke, Gebäude und Räume bei den Hochschulen realistisch veranschlagt werden, um den Betrieb der Einrichtungen sicherzustellen. Die Bewirtschaftungskosten machen rd. 40 % der gesamten sächlichen Verwaltungsausgaben aus. Die hier zwingend notwendigen Steigerungen müssen in anderen Bereichen der sächlichen Verwaltungsausgaben eingespart werden.

Dies führt im Endeffekt dazu, daß im Bereich der Titelgruppe 94 bei den Hochschulen - Ausgaben für Lehre und Forschung - durch Reduzierungen der dort veranschlagten sächlichen Verwaltungsausgaben die bei den Hochschulen insgesamt zur Verfügung stehenden Mittel für Lehre und Forschung um 3,5 Millionen DM zurückgenommen werden.

Ausschuß für Wissenschaft und Forschung
13. Sitzung

25.09.1986
ni-ma

Andererseits werden bei der Titelgruppe 96 - Ausgaben für die zentrale Datenverarbeitung - dringend notwendige Erhöhungen im Bereich der sächlichen Verwaltungsausgaben erreicht. Dies darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Situation insgesamt sehr schwierig geworden ist.

Globale, minimale Steigerungsvorgaben bei den sächlichen Verwaltungsausgaben insgesamt werden durch die überproportional steigenden, zwingend notwendigen Bewirtschaftungskosten mehr als aufgezehrt.

Dies hat im Ministerium zu dem Entschluß geführt, für 1988 den Einstieg in eine Neuverteilung der Mittel der Titelgruppe 94 innerhalb der Hochschulen zu versuchen. Grundlage dieses Ansatzes ist dabei auch, daß sich bei den Hochschulen die Forschungsaktivitäten - insbesondere im Drittmittelbereich - in den letzten Jahren unterschiedlich entwickelt haben. Dabei müssen insbesondere neu eingeworbene Sonderforschungsbereiche, die Anforderungen ganz neuer Qualität an die Grundausstattung einer Hochschule stellen, berücksichtigt werden.

Bei den Großgeräten ist die Zurückführung der Mittelansätze in Grenzen geblieben. Genaueres erfahren Sie hierzu unter Tagesordnungspunkt 2. Ich will jetzt nur kurz bemerken, daß wir mit den für 1987 geplanten Mittelansätzen immer noch deutlich unter den Empfehlungen des Wissenschaftsrates für Nordrhein-Westfalen liegen. Beim originären Großgerätetitel - Kap. 06 020 Tit. 812 13 - ist der Ansatz in etwa konstant geblieben, im Technologieprogramm muß der Mittelansatz für Großgeräte aufgrund der Vorgaben der mittelfristigen Finanzplanung jedoch deutlich um 7,5 Millionen DM auf nunmehr 3,5 Millionen DM reduziert werden.

Bei den Fachhochschulen ist für dringende Ersatz- und Ergänzungsbeschaffungen erstmals ein zusätzlicher Betrag von 2 Millionen DM in den Haushaltsentwurf eingestellt worden. Dieser Betrag ist pauschal bei der Fachhochschule Aachen ausgebracht. Die Mittel sollen die besonders bei den Fachhochschulen dringend notwendige Modernisierung und Erneuerung des Geräteparks ermöglichen. Dabei ist besonders berücksichtigt, daß vielfach Anträge der Fachhochschulen auf Bewilligung eines Großgerätes durch die Begutachtung im Wissenschaftsrat in Umfang und Ausstattung reduziert werden, so daß sie unter die mitfinanzierungsfähige Grenze von 150 000 DM pro Gerät fallen. Die dann immer noch erheblichen, umfangreichen Investitionen sind den Fachhochschulen derzeit aber nicht in dem gewünschten Umfang möglich.

Das Forschungs- und Technologieprogramm "Zukunftstechnologien" wird auch im Jahre 1987 fortgesetzt. Dabei zeigt sich, daß eine Reihe von Maßnahmen im Wissenschaftsteil dieses Programmes nunmehr mit hohen Finanzierungsanteilen zum Tragen kommt,

Ausschuß für Wissenschaft und Forschung
13. Sitzung

25.09.1986
ni-ma

so daß die durch die mittelfristige Finanzplanung vorgegebenen Randbedingungen zum Teil sehr einengend wirken. Insbesondere die Errichtung des Fraunhofer-Instituts für Laser-Technik, die Errichtung eines Instituts für Roboterforschung der Universität Dortmund und die Forschung auf dem Gebiet der Bio- und Gentechnologie sind Schwerpunkte, die wir in diesem Jahr setzen und die umfangreiche Mittel erfordern.

Insgesamt liegt der Ansatz für 1987 für den Wissenschaftsteil des Technologieprogramms bei 45,6 Millionen DM im Vergleich zu 52,8 Millionen DM in 1986. Dabei befinden wir uns aber immer noch in dem Rahmen des insgesamt für das Technologieprogramm vorgesehenen Volumens für unseren Bereich. Für 1987 muß jedoch berücksichtigt werden, daß in der genannten Summe die neue Maßnahme "Kulturwissenschaftliches Institut und Wissenschaftszentrum" mit rund 3,2 Millionen DM enthalten ist.

Im Baubereich zeigen sich die Restriktionen, die sich durch die Gesamtvorgaben des Landeshaushalts ergeben. Dies gilt besonders für neue Bauvorhaben. Immerhin kann eine Reihe von Baumaßnahmen mit einem Anfinanzierungsvolumen von rd. 14 Millionen DM in 1987 geplant oder begonnen werden. Dazu zählen u. a. der Neubau des Instituts für Agrarkulturchemie und Botanik in Bonn, die Herrichtung der ehemaligen Pfandleihanstalt in Düsseldorf für die Staatliche Kunstakademie und der Neubau eines Übesaals für das Robert-Schumann-Institut, der Neubau einer Mensa für die Abteilung Mönchengladbach der Fachhochschule Niederrhein und im Medizinbereich der Neubau eines Hörsaalgebäudes in Bonn-Poppelsdorf sowie in Essen Baumaßnahmen in der Frauenklinik und der Neubau einer Bettenstation für Knochenmarktransplantationen.

In Umsetzung der Regierungserklärung hat das Kabinett nunmehr im Juli die Grundsatzentscheidung für die Errichtung eines Kulturwissenschaftlichen Instituts und eines Instituts für Arbeit und Technik getroffen, die gemeinsam das Wissenschaftszentrum Nordrhein-Westfalen bilden sollen. Standortentscheidungen sind bislang noch nicht gefallen. Im Haushalt des Wissenschaftsministeriums ist als neues Kapitel 06 085 das Kulturwissenschaftliche Institut etatisiert. Das Wissenschaftszentrum ist als eigene Titelgruppe in diesem Kapitel ausgewiesen. Der Gesamtansatz für diese Aktivität beläuft sich für 1987 auf 3,2 Millionen DM. Das Institut für Arbeit und Technik gehört in den Geschäftsbereich des Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales.

Im Ganzen gesehen stellt sich der Haushaltsentwurf 1987 des Wissenschaftsministers wie folgt dar:

- Das Gesamtvolumen steigt um 192 Millionen DM auf 5 714 800 000 DM.

Ausschuß für Wissenschaft und Forschung
13. Sitzung

25.09.1986
ni-ma

- Die größte Steigerung erfolgt dabei bei den Personalausgaben, die um 162 Millionen DM höher veranschlagt sind und 1987 bei rd. 2,7 Milliarden DM liegen. In dieser Summe enthalten sind die geschätzten Ausgaben für das Drittmittelpersonal der Titelgruppen 98 und 99.
- Die sächlichen Verwaltungsausgaben steigen um 10,8 Millionen DM auf nunmehr rd. 592 Millionen DM.
- Die Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke steigen um 47 Millionen DM auf 1 350 000 000 DM. Dabei erhöhen sich die in den Zentralkapiteln veranschlagten Zuweisungen und Zuschüsse um 10 Millionen DM auf 540 Millionen DM, wobei es sich hier um die allgemeinen Bewilligungen des Kapitels 06 020, die allgemeinen überregionalen Finanzierungen des Kapitels 06 030 und die Forschungsförderung des Kapitels 06 040 handelt. Die Zuführungen für den laufenden Betrieb der Medizinischen Einrichtungen steigen um 32 Millionen DM auf nunmehr 769 Millionen DM.
- Die Ausgaben für Investitionen sinken um 19,5 Millionen DM auf einen jetzt veranschlagten Ansatz von 1 080 000 000 DM. Hier verteilen sich die Reduzierungen gleichmäßig auf alle Einzelbereiche, wie z. B. Erwerb von beweglichen Sachen, Ersteinrichtung, Großberätesbeschaffung, Büchergrundbestand oder Darlehen im Rahmen der Ausbildungsförderung im Hochschulbereich.
- Eine globale Minderausgabe in Höhe von rd. 6,5 Millionen DM erfaßt die wegfallenden Personalkosten der 165 Stellen, die zentral zum 1.3.1987 kw-geschrieben sind.

Der Vorsitzende versteht die Einlassung der Ministerin, in den nächsten Jahren seien bei den Stellenabsetzungen die demographischen Entwicklungen stärker zu berücksichtigen, dahingehend, daß sich die einzusparende Stellenzahl erhöhen werde, und möchte wissen, ob über den Umfang dieser Maßnahmen nähere Angaben gemacht werden könnten.

Abg. Dr. Rödding (CDU) verweist darauf, während der letztjährigen Haushaltsberatungen habe er die in 1986 abzusetzenden 165 Stellen als Anfang einer Erosion bezeichnet, was von seiten des Ministeriums bestritten worden sei.

Da die von der Ministerin erwähnten demographischen Entwicklungen seit langem bekannt seien und damit die Möglichkeit einer Hochrechnung bestehe, müsse auch das Ende des nunmehr erst eingeleiteten Prozesses und dessen Größenordnung eingeschätzt werden können.

Ausschuß für Wissenschaft und Forschung
13. Sitzung

25.09.1986
ni-ma

Die demographische Entwicklung, so die Ministerin, zeige in den letzten zwei Jahren ein Absinken der Studienanfängerzahlen um 15 %, in 1986 liege die Minderung voraussichtlich bei 2 % und werde sich in den darauf folgenden Jahren bei 2 bis 5 % einpendeln.

Diese Tatsache habe als Begründung, die Hochschulen nicht mehr vollständig von Stellenkürzungen auszunehmen, gedient.

Als Fehleinschätzung würde sich jedoch erweisen, die sinkenden Studienanfängerzahlen mit einer Entlastung der Hochschulen gleichzusetzen, da die Studentenzahlen insgesamt weiter zunehmen und die Absolventenquote ihren Höhepunkt erst Anfang der 90er Jahre erreichen werde. Die zu Beginn dieses Jahrzehnts zu verzeichnen gewesene Studienanfänger- und Studentenzahl werde sich schätzungsweise zu Ende der 80er bzw. Mitte der 90er Jahre wiederholen.

Für das Land ergäben sich daraus zwei Überlegungen: Aufgrund der finanziellen Probleme müsse es im allgemeinen unter Sparsamkeitsgesichtspunkten handeln, das heiße speziell, durch frühzeitige Anpassung an spätere Bedingungen für die zukünftigen Generationen keine Vorbelastungen auf dem Personalkostensektor zu schaffen. Dem gegenüber stehe die Belastung der Hochschulen mit den höchsten Studentenzahlen, die es je gegeben habe und damit verbunden die Ausbildungsverpflichtung für die jetzige Generation.

Diesen verschiedenen Anforderungen müsse man durch einen Optimierungsprozeß unter Einbeziehung der in den nächsten Jahrzehnten für die Hochschulen anfallenden Aufgabenstellungen, der zu erwartenden Studentenzahlen sowie der absehbaren, beruflichen Qualifizierungsnotwendigkeiten und der heute noch herrschenden Bedingungen versuchen gerecht zu werden.

Bei Vorlage des Programms für die neue Wahlperiode im Ausschuß für Wissenschaft und Forschung vor einem Jahr habe sie in der konzeptionellen Auseinandersetzung mit der Entwicklung in den 90er Jahren die hervorstechendste Aufgabe der nächsten Zeit gesehen.

Der Vorsitzende betont, seine eben gestellte Frage solle keineswegs bedeuten, daß die F.D.P.-Fraktion die Umrechnung von sinkenden Studienanfängerzahlen in Personalkürzungen unterstütze. Vielmehr dränge sich der Eindruck auf, als erwarte der Finanzminister ein solches Vorgehen.

Abg. Dr. Rödding (CDU) schließt sich namens seiner Fraktion der vom Vorsitzenden angeführten Einschätzung bezüglich der Umrechnungsmodalitäten an und möchte die Größenordnung der Streichungen erfahren.

Abg. Pflug (SPD) weist die Behauptung Abg. Dr. Röddings (CDU), die Möglichkeit von Stellenkürzungen sei überhaupt bestritten worden, zurück; es habe sich lediglich um eine Kritik an dem Zeitplan und den Beurteilungskriterien für die letztjährige Streichungsaktion gehandelt.

Ausschuß für Wissenschaft und Forschung
13. Sitzung

25.09.1986
ni-ma

Nicht übersehen werden dürfe zudem, daß im Haushalt 1987 sogar 30 Stellen für den "Fiebiger-Plan" ausgewiesen worden seien und damit die Stellenkürzungen strukturell vorgenommen werden könnten, was der Intention der SPD-Fraktion entspreche.

Der Vorsitzende bittet noch einmal darum, die ab 1988 verstärkt zu berücksichtigenden demographischen Entwicklungen mit Zahlen zu belegen.

Die Ministerin bestätigt, daß die Zahl der einzusparenden Stellen in den nächsten Jahren eher größer als in 1986/87 ausfallen werde, will aber künftigen Haushaltsplanberatungen nicht vorgreifen.

Sie warne davon, den sich in den Hochschulen vollziehenden Prozeß als Erosion zu betrachten, da der Prozentsatz der Streichungen bei nur 0,5 % der Stellen des wissenschaftlichen Personals - ausschließlich der Medizinischen Einrichtungen - liege, während andere Verwaltungsbereiche schon jetzt weit stärker betroffen würden.

Abg. Dr. Rödding (CDU) wiederholt seine Aufforderung, die Größenordnungen und Ziele des eingeleiteten Prozesses sowie das einzusetzen beabsichtigte Instrumentarium - Wegnahme einzelner Stellen, Schließung von Abteilungen oder Konzentrationsmaßnahmen -, welches seine Fraktion schon in der letzten Legislaturperiode als verfassungswidrig bezeichnet habe, zu benennen.

Der Prozeß der Anpassung staatlicher Institutionen an demographische Entwicklungen werde, so die Ministerin, nie enden. Im Hinblick auf geringere Studentenzahlen in bestimmten Bereichen zu Beginn der 90er Jahre müsse die Möglichkeit in Erwägung gezogen werden, einige Studiengänge nur an einzelnen Orten anzubieten.

Die Ministerin erklärt sich dazu bereit, über Zielvorstellungen zu diskutieren, aus denen sich dann - im Verbund mit politischen Entscheidungen - zahlmäßige Konsequenzen ergäben, hält es aber für falsch, an Zahlen Ziele festzumachen.

Abg. Retz (SPD) ersucht die Oppositionsvertreter, ihrer Kritik eigene Vorschläge zur Problemlösung anzufügen.

Der Vorsitzende macht geltend, es stehe den Ausschußmitgliedern zu, durch Fragen Fakten zu sammeln, um anschließend Kritik zu üben oder zuzustimmen. Seine Auskunftsbegehren jedenfalls verstehe er noch nicht als Bewertung des Etatentwurfs.

Ausschuß für Wissenschaft und Forschung
13. Sitzung

25.09.1986
ni-ma

Abg. Mohr (CDU) teilt die Ansicht, daß gewisse Studienrichtungen verlagert werden müßten, sieht allerdings ein Problem in der Abdeckung sich - durch die aktive Mitwirkung der Hochschulen - neu eröffnender und für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes erforderlicher Forschungsfelder mit geeigneten Fachkräften angesichts der mit Professoren auf Lebenszeit besetzten Stellen in anderen Bereichen, was die Chancen für einen Wandel begrenze. Hier bedürfe es einer Gesamtkonzeption, um - auch im Interesse der Hochschulen - Klarheit zu schaffen.

Abg. Reymann (SPD) wünscht Aufschluß, ob überhaupt verlässliche Parameter vorlägen und stellt im Zusammenhang damit in Abrede, daß die Meinung eines heute 17jährigen über seinen weiteren Werdegang zur Planung herangezogen werden könne. Er warne davor, mit festgelegten Zahlen zu operieren und spricht sich für eine dynamische Anpassung aus.

Staatssekretär Dr. Konow (Ministerium für Wissenschaft und Forschung) stellt als sicher heraus, daß die zunächst die Schulklassen und dann die Universitäten erreichenden und zu erheblichen Verwerfungen führenden demographischen Entwicklungen etwa bis 1995 andauern würden, während danach die Zahl derjenigen, die überhaupt für einen Hochschulbesuch in Betracht kämen, konstant bleibe.

Eine Unbekannte bildeten hingegen das sog. Übergangsverhalten und die Prozentquote der Jahrgangsangehörigen, die ihre Hochschulzulassungsberechtigung direkt oder aber mittelbar erwürben.

Noch mehr Schwierigkeiten bereite die Einschätzung der Nachfrage nach den einzelnen Fächern. Voraussichtlich werde sie für die Geistes- und Kulturwissenschaften sinken, aber ebenso - wenn auch nicht in gleichem Umfang, so doch allein aufgrund der geringeren Studentenzahlen - im ingenieurwissenschaftlichen Bereich abnehmen müssen, wobei allerdings sofort wieder zwischen Bauingenieuren bzw. Architekten und Ingenieuren anderer Sparten zu trennen sei.

Die Parameter ließen also nicht zu, Aussagen mit Ewigkeitswert zu treffen, so daß sich die Jährlichkeit des Haushalts als gutes Prinzip erweise.

Der Staatssekretär stimmt Abg. Mohr (CDU) zu, die Aufgabe könnte nicht allein darin bestehen, das Hochschulwesen linear und numerisch der demographischen Entwicklung anzupassen, sondern umfasse gleichfalls die Einbeziehung der veränderten Umstände im wirtschaftlichen, technischen und industriellen Bereich und damit verbunden die Bildung neuer Schwerpunkte.